



Medienmitteilung (Sperrfrist bis nach RR-Medienkonferenz)

Thema	Jahresergebnis 2015 Kanton Luzern	
Für Rückfragen	Laura Kopp laura.kopp@grunliberale.ch / 079 696 73 28	
	Michèle Graber michele.graber@grunliberale.ch / 079 262 18 64,	
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch	
Datum	23. März 2016	

Grünliberale sehen hohe Risiken

Dank Ausgabendisziplin und hohem Gewinnausschüttungen der SNB schliesst der Kanton Luzern das Jahr 2015 positiv ab. Die hohen Risiken bleiben aber bestehen. Die Grünliberalen warnen vor einer verfehlten Investitionspolitik und fordern Massnahmen gegen die steigenden Kosten im Gesundheitsbereich.

Die Grünliberalen beurteilen das Jahresergebnis 2015 des Kantons Luzern kritisch. Ohne die Gewinnausschüttungen der Nationalbank hätte der Kanton tiefrote Zahlen geschrieben. Die Verwaltung hat mit ihrer grossen Ausgabendisziplin zwar aufgezeigt, dass es im Bereich der Verwaltung Einsparpotenzial gibt. Dafür gebührt ihr Dank. Ein grosser Teil der Einsparungen beruht jedoch auf der Verzögerung von Investitionen. Diese Politik des bewussten Investitionsstaus sehen die Grünliberalen mit Sorge. "Gute Infrastruktur ist für Luzern von grosser Bedeutung. Wenn der Kanton weiterhin dringend notwendige Investitionen zurückstellt, schadet er dem Wirtschaftsstandort Luzern", kritisiert glp-Parteipräsidentin Laura Kopp.

Fehlkonstruktion der Schuldenbremse

Trotz des Ertragsüberschusses sieht die glp weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Bei der aktuellen Ausgestaltung der Schuldenbremse hängt der Spielraum des Kantons bei den Investitionen und beim Aufwand zu stark von Sonderfaktoren wie der Gewinnausschüttung der SNB ab. Diese Fehlkonstruktion muss aus Sicht der Grünliberalen behoben werden. Zudem sind Massnahmen gegen das Kostenwachstum im Gesundheitsbereich notwendig. "Der Kanton muss endlich die immens ansteigenden Kosten im Gesundheitsbereich angehen. Ein kritisches Überdenken der Spitalplanung ist dringend notwendig", fordert glp-Fraktionspräsidentin Michèle Graber.